



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

27. Sitzung (öffentlich)

14. März 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

1 NRW: Standort und Partner für ein vernetztes europäisches Technologieinstitut

7

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3498

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das abschließende Votum des Hauptausschusses abzuwarten. Spätestens in der Sitzung am 16. Mai wird er abschließend beraten und abstimmen.

2 Energieeffizienz-Offensive

12

Vorlage 14/949

In Verbindung damit:**3 Energie braucht Strategie der Biomassennutzung**

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/3488

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3488 wird nach ausführlicher Diskussion mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

4 Propylen-Pipeline - Was bleibt?

18

Vorlage 14/974

Die Fraktionen äußern sich zum Thema des Tagesordnungspunktes. Das Thema wird im Rahmen der April-Sitzung erneut behandelt.

5 Konkrete Ausgestaltung der Steinkohleverständigung vom 7. Februar 2007

19

Vorlage 14/973

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes auf der Grundlage der Vorlage 14/973.

6 Quote für Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen einführen

21

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/3173 - Neudruck

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/3173 (Neudruck) wird mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion abgelehnt.

- 7 Gründung der NRW.International GmbH: Parlamentarische Steuerfähigkeit durch ein Höchstmaß an Transparenz sichern und so das Parlament nicht außen vorlassen** 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3646

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, in seiner heutigen Sitzung auf eine Aussprache zu verzichten.

- 8 Viertes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (4. ÄndG-WBFG)** 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2848

Ausschussprotokoll 14/349

Stellungnahmen 14/818, 14/819, 14/829, 14/831, 14/832, 14/838 und 14/844

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2847 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

- 9 Neustrukturierung des Aufgabenfeldes „Frau und Beruf“** 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3495

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3495 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

10 Verschiedenes

- Siehe Seite 26 des Diskussionsteils!

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (4. ÄndG-WBFG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2848

Ausschussprotokoll 14/349

Stellungnahmen 14/818, 14/819, 14/829, 14/831, 14/832, 14/838 und 14/844

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2848, so **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps**, sei nach der ersten Lesung durch den Landtag am 15. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie an den hiesigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe am 1. Februar 2007 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, an der sich der AWME nachrichtlich beteiligt habe. Das Ergebnis der Anhörung sei im Ausschussprotokoll 14/349 dokumentiert.

Thomas Eiskirch (SPD) plädiert für ein Votum des hiesigen Ausschusses. Der Grundstücksfonds des Landes Nordrhein-Westfalen sei für die Entwicklung von Flächen - insbesondere in strukturschwachen Gebieten - von besonderer Bedeutung. Leider könne sich der Grundstücksfonds derzeit noch nicht auf eine zukunftssichere Basis stützen. Es sei Aufgabe der Landesregierung, für eine solche Lösung zu sorgen. Der Gesetzentwurf in der vorgelegten Fassung solle abgelehnt werden.

Auch seine Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen, schließt sich **Reiner Priggen (GRÜNE)** an. Der Entzug von 22 Millionen € aus dem Jahresüberschuss stelle die Finanzierung der Wohnungsbauförderung im Falle von Liquiditätsproblemen infrage.

Der Gesetzentwurf setzt nach Einschätzung der CDU-Fraktion richtige Impulse, betont **Lutz Lienenkämper (CDU)**. Die Koalition werde ihm zustimmen.

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksache 14/2847 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

